

Und noch mal die Wettbewerbsfähigkeit

Von Friederike Spiecker | 12.04.2013

Die Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit für unser Land, die EWU und Europa bleibt ein spannendes und offenbar weiterhin noch wenig verstandenes Thema. Folgende Leserfrage erreichte uns:

"Was Sie fordern, ist doch nichts anderes, als dass Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit auf das Niveau der europäischen Südländer hinunternivelliert. Kann das wirklich die Lösung sein? Die Folgen wären nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze EU katastrophal. Was wäre die EU noch ohne Deutschland? Gleichzeitig beschwichtigen Sie, was das Thema China betrifft. Dabei wird es – oft dank staatlich gestützter Preise – in immer mehr Bereichen zum Weltmarktführer, auch gegenüber Deutschland."

Der entscheidende Haken an diesem Einwand ist, dass Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit gar nicht auf das derzeitige Niveau der südeuropäischen Länder absenken *kann*, weil – [man kann es nicht oft genug wiederholen](#) – Wettbewerbsfähigkeit keine absolute Größe ist, sondern eine *relative*. Was heißt das konkret? Vielleicht lässt sich der Unterschied zwischen "relativ" und "absolut" an einem anderen Beispiel leichter verstehen. Produktivität ist im Gegensatz zur Wettbewerbsfähigkeit ein absolutes Konzept. Wenn man 10 Tonnen Stahl in einer Stunde in einem Stahlwerk produziert und dann irgendwann (z.B. dank Investitionen) 12 Tonnen schafft, dann ist die Produktivität gestiegen, völlig unabhängig vom Rest der Welt. Das sagt aber noch nichts über die Wettbewerbsfähigkeit aus. Die kann gleich geblieben sein (wenn die Konkurrenz genau so viel produktiver geworden ist), die kann gestiegen sein (wenn die Konkurrenz ihre Produktivität weniger gesteigert hat) oder sie kann auch gefallen sein (wenn die Konkurrenz bei der Produktivitätssteigerung noch mehr zugelegt hat als man selbst). Mit anderen Worten: Die Wettbewerbsfähigkeit lässt sich nur *im Verhältnis zu anderen* beurteilen.

Noch ein anderes Beispiel: Man denke einmal an den Wechselkurs der Währung eines Landes. Der wird in der Landeswährung (oder der Währung einer Währungsunion) gegenüber mindestens einer anderen Währung ausgedrückt, also z.B. Euro gegenüber Yen. Will man nun den Wechselkurs des Euro verändern, dann muss man ihn *gegenüber einer anderen Währung* verändern, man kann ihn nicht einfach irgendwie allein verändern. Und im gleichen Zuge, wie sich der Wechselkurs des Euro verändert, verändert sich auch der Wechselkurs der anderen Währung(en) gegenüber dem Euro. Wertet der Euro z.B. ab, werten eine oder mehrere andere Währungen auf und umgekehrt.

Wenn Deutschland also seine Wettbewerbsfähigkeit reduziert, schleust es sie nicht auf irgendein südeuropäisches Niveau herunter, sondern im gleichen Zuge steigt die Wettbewerbsfähigkeit anderer Länder, eben auch der Südeuropäer. Was wir an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen, das legen andere an Wettbewerbsfähigkeit zu. Und es bedeutet eben nicht, statt 10 Tonnen Stahl pro Stunde auf einmal nur noch 8 Tonnen zu produzieren, also die Produktivität herunter zu schrauben. Es bedeutet nur, dass die 10 (oder 12) Tonnen Stahl vergleichsweise mehr kosten als vorher.

(Eine Bemerkung am Rande: Wer nun glaubt, Inflation bedeute immer einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, der liegt noch immer falsch. Denn man kann eine hohe Inflation in einem Land haben und trotzdem noch an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen gegenüber anderen Ländern. Wie das geht? Ganz einfach: wenn die anderen Länder eine noch höhere Inflation haben. Das war etwa in den 1970er Jahren der Fall. Westdeutschlands Inflationsrate lag damals zeitweise im zweistelligen Bereich. Trotzdem legte Deutschland zur gleichen Zeit an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu, weil die Inflation bei den Handelspartnern noch heftiger war. Damit soll keineswegs behauptet werden, dass zweistellige Inflationsraten unproblematisch sind, wenn nur genügend andere Länder darüber liegen. Inflationsraten in solchen Dimensionen sind definitiv nicht gut für eine Volkswirtschaft, selbst wenn sie dabei noch an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt. Aber der umgekehrte Extremfall – Inflationsraten klar unter 2%, nahe Null oder gar negativ – ist definitiv ebenso katastrophal für eine Volkswirtschaft, auch wenn sie dabei dauernd an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt gegenüber Ländern, die die Deflation nicht mitmachen.)

Wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Länder innerhalb der EWU wieder untereinander ausgeglichen wäre – das wäre dann der Fall, wenn die gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus bzw. Lohnstückkostenniveaus ungefähr wieder gleich hoch wären wie zu Beginn der EWU, und genau das wäre mit der von uns empfohlenen EWU-weit koordinierten Lohnpolitik zu erreichen –, dann pendelten die Handelsbilanzsalden *innerhalb* der EWU um Null: Mal läge ein Land im Plus und ein anderes im Minus, mal wäre es umgekehrt. (Eine Rückzahlung der Schulden durch die Handelsdefizitländer an Deutschland erforderte allerdings systematisch jahrelange deutsche Handelsdefizite und jahrelange Handelsüberschüsse der anderen.)

Wie die EWU mit einer im Inneren ausgeglichenen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Rest der Welt dastünde, ist damit aber noch nicht geklärt. Die Befürchtung des oben zitierten Lesers geht ja dahin, dass dann Europa insgesamt nicht mehr international wettbewerbsfähig wäre. Das ist aber ein Fehlschluss, weil die Frage, wie das nach einem Angleichungsprozess erreichte europäische Preisniveau im Vergleich zu dem auf dem Weltmarkt herrschenden abschneidet, natürlich niemals ohne Beachtung des Wechselkurses des Euro gegenüber allen anderen Währungen der Welt beantwortet werden kann. Ist das Preisniveau "zu hoch" in dem Sinne, dass Europa große Außenhandelsdefizite einführt, dann wird der Euro über kurz oder lang abwerten. Ist es "zu niedrig" in dem Sinne, dass Europa große Außenhandelsüberschüsse mit dem Rest der Welt macht, dann wird der Euro aufwerten.

Das von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem [Weltwirtschaftsforum in Davos](#) ausgegebene Ziel, Europa müsse insgesamt an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, ist insofern unsinnig, als es auf Außenhandelsüberschüsse Europas mit dem Rest der Welt abzielt. Das wird sich der Rest der Welt aber nicht gefallen lassen, sondern in aller Ruhe seine eigenen Währungen nutzen, sich von einem etwai-

gen Deflationstrend in Europa abzukoppeln. Dann wertet der Euro eben auf, und mit europäischen Überschüssen gegenüber dem Rest der Welt wird es auf Dauer nichts.

(In einem späteren Beitrag wird die Frage behandelt, warum die Wechselkurse ihre Aufgabe, für einen Ausgleich der Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen, oft nicht erfüllen wie z.B. im Fall Japans oder der USA, und welcher Zusammenhang zwischen Wechselkursen und Zinsen besteht.)

Produktiver werden kann jedes Land, so viel es möchte. Nur verfrühstücken muss jedes Land – auch Deutschland! – seine Produktivität auf Dauer selbst. Wenn es sie permanent für Lohndumping einsetzt, also Lohnvereinbarungen so trifft, dass die Reallöhne unterhalb des Produktivitätszuwachses steigen, und dadurch jahrelang Überschüsse im Außenhandel erzielt, dann muss es die Überschüsse eines Tages verschenken, d.h. auf die Rückzahlung seiner Vermögen im Ausland teilweise oder sogar ganz verzichten, was einen Schuldenerlass darstellt. Oder das im Ausland gehaltene Vermögen wird durch Aufwertung der Währung des Gläubigerlandes entwertet, sofern die Handelspartner eine eigene Währung haben. Wettbewerbsfähigkeit kann eben auf Dauer niemals unausgeglichen bleiben, weil die daraus entstehenden Verschuldungskonstellationen unhaltbar werden.

Es ist traurig, dass wir aufgehört haben uns vorstellen zu können, mit etwas anderem als Exportüberschüssen Wachstum generieren zu können. So tief hat sich die neoklassische Agenda ins öffentliche Bewusstsein eingegraben, dass uns der Gedanke weltweit ausgeglichenen Handels – also gern hoher Handelsströme, aber immer bei Salden von nahezu null oder wenigstens wechselnden Salden (mal positiv, mal negativ) – so vollkommen fern liegt. Dabei war das mal ganz früher, nämlich in den 1960er Jahren, tatsächlich möglich: wachsen und zwar kräftig und *ohne* große Außenhandelsüberschüsse. Dass der Mehrheit der Ökonomen dieser Gedanke und seine empirische Verwirklichung abhandeln gekommen zu sein scheint, hat viel mit dem Ignorieren einer dynamischen Theorie der Entwicklung einer Marktwirtschaft zu tun, wie sie Joseph Schumpeter vertreten hat.

Bleiben Sie uns als Leser erhalten. Dieser gesamte Themenkomplex wird unser Land noch lange begleiten und immer wieder vom Flassbeck-Economics-Team aufgegriffen werden. Sie sind nicht der einzige, der solche Fragen stellt. Und dass Sie sie stellen, ist sehr gut, weil dann Nachdenken statt Angsthaben, Diskutieren statt Ignorieren und Verändern statt Weiterwursteln möglich wird. Ihnen daher vielen Dank!

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 12.04.2013

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2013/04/und-noch-mal-die-wettbewerbsfahigkeit/>